

Ulrich Brand

Verstetigung des Aufbruchs?

Merkmale und strategische Probleme der globalen sozialen Bewegungen

Die jüngste Attac-Sommerakademie, die mit etwa 600 TeilnehmerInnen Anfang August in Dresden stattfand, zeigte ein entspanntes Verhältnis zwischen Menschen mit grundlegend-kritischen und jenen mit eher reformorientierten Ansichten. Der Netzwerk scheint nicht mehr das staatsfixierte und mediengeile Zerrbild zu sein, das von vielen radikalen Linken in den letzten Jahren darauf projiziert wurde. Gleichzeitig gab es ein interessantes Insistieren vieler AktivistInnen auf grundsätzlichen Fragen. Mehrtägige Seminare oder einzelne Workshops zum Thema Imperialismus, kritischer Staatstheorie oder Einführung in die Marxsche Theorie waren gut besucht. Pluralismus und die Suche nach grundsätzlicher Klärung scheinen angesagt: In den sozialen Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts bzw. ihrem internationalistischen Teil scheinen in den letzten Jahren Lernprozesse stattgefunden zu haben, die ihren im Vergleich mit den Bewegungen der 70er und 80er Jahren differenten Charakter nochmals unterstreichen. Ein plurales Politikverständnis scheint genauso *common sense* zu sein wie das Aushalten von Widersprüchen und die Anerkennung dessen, dass grundlegende Systemkritik und alltägliches politisch-soziales Agieren sich nicht ausschließen. Diese Lernprozesse und Sichtweisen könnten auch den gegenwärtigen Protesten gegen Sozialabbau zugute kommen und diese aus ihrer verengten (national-)staats- und lohnarbeitsfixierten Politikoption befreien.

In diesem Beitrag soll es jedoch weniger um die aktuellsten Entwicklungen gehen, sondern in drei Teilen um ein etwas komplexeres Verständnis der Bewegungen bzw. ihrer dezidiert emanzipativen Spektren. Dabei beziehe ich mich auf jene, die unter dem Begriff „globalisierungskritisch“ gefasst werden.

Zum einen sollen ein paar keineswegs unwichtige „methodische“ Aspekte benannt werden, wie die globalen sozialen Bewegungen verstanden werden können. Zum anderen möchte ich einige Ambivalenzen skizzieren, welcher sich die Bewegungen in permanenten Diskussionsprozessen vergewissern und adäquate Umgangsweisen damit finden müssen. Daran schließen mir zentral scheinende strategische Fragen an. Insbesondere soll die politisch-strategische Ausrichtung eines Teils der globalisierungskritischen Bewegung am Leitbild eines globalen Keynesianismus hinterfragt werden. Dabei bleiben wichtige Bereiche unberücksichtigt, zu denen ich mich an anderen Stellen geäußert habe: eine genauere Systematisierung verschiedener „globalisierungskritischer“ Spektren, eine intensivere Auseinandersetzung mit Attac, die Frage, mit welchen Begriffen sinnvoller Weise Politik gemacht werden sollte, Einschätzungen des Weltsozialforums oder die wichtiger werdende Diskussion um gesellschaftliche Alternativen (vgl. Literaturliste).

Aspekte der globalisierungskritischen Bewegung(en)

Die Einschätzungen der jüngsten Proteste sind sehr unterschiedlich. Längst haben wir eine heftige Diskussion darum, was diese Bewegung kennzeichnet. Ist es die „erste soziale Bewegung der Postmoderne“ (*Spiegel*), die „neue APO“ (*konkret*), eine „Network Guerilla“ (*Financial Times*)? Handelt es sich um ein Korrektiv oder eine grundsätzliche Opposition zur neoliberalen Globalisierung, kann überhaupt von *einer* Bewegung im Singular gesprochen

werden oder sind es nicht eher Bewegungen? Und um was geht es ihr bzw. ihnen? *Für* eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz, globale Gerechtigkeit, die Entwaffnung der (Finanz-) Märkte, eine Re-Regulierung der Weltwirtschaft, die Demokratisierung internationaler Organisationen, „smash capitalism!“, globalen Sozialismus oder Kommunismus? *Gegen* neoliberale Globalisierung, die Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche („Die Welt ist keine Ware!“), negative Folgen von Privatisierungen, die zunehmende Nord-Süd-Spaltung, Institutionen wie IWF/Weltbank/WTO, gegen den Markenfetischismus („No logo!“) und die Herrschaft der Konzerne? Die Liste ließe sich fortsetzen und ist notwendig heterogen, weil die Spektren unterschiedlich sind. Die unterschiedlichen Interpretationen hängen aber auch damit zusammen, dass diese Bewegung(en) zu einem guten Teil erst durch ihre Rezeption in Medien oder spezifischen politischen Kontexten ihre Wirkung entfalten, d.h. *Resonanzen* erzeugen.

Die *Vielfältigkeit* der Bewegungen wird meist als Stärke gesehen. Manche AutorInnen weisen jedoch darauf hin, dass Pluralität nicht zu Beliebigkeit werden sollte. In der Tat kommen die Organisationen und Individuen nicht nur aus unterschiedlichen Spektren, sondern sind auch auf verschiedene Art und Weise aktiv: entwicklungs-, umwelt-, friedens- und bürgerrechtspolitisch, gewerkschaftlich, bäuerlich, feministisch und anarchistisch, Mitglieder linker und linksradikaler Parteien, kirchliche Gruppen, Intellektuellen-Netzwerke, auch nationalistische Gruppen (wobei es hier zwischen „Nord“ und „Süd“ wichtige Differenzen gibt). Den einen geht es um Aufklärung und friedlichen Protest, anderen um zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktion, wieder anderen um direkte Konfrontation mit „dem Staat“. Eine genauere Typisierung ist schwierig, weil das Phänomen „Globalisierungskritik“ kaum zu fassen ist. Es erschöpft sich nicht in den internationalen Demonstrationen, sondern hat komplexe und wenig intendierbare Rückwirkungen in Alltagspraktiken, ermutigt und stärkt kritische Kräfte in Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, Universitäten und anderswo. Das *Label* „Globalisierungskritik“ umfasst auch theoretische und publizistische Aktivitäten, die sich nicht unbedingt als Teil sozialer Bewegungen verstehen. Bei der Benennung der Proteste als „globalisierungskritische Bewegung“ handelt es sich also um vereinheitlichende *Fremdzuschreibungen* durch Medien und andere interessierte Kräfte sowie um *Selbstzuschreibungen* bestimmter Akteure zur Schaffung eigener Identität.

Was ist neu? Von einer *internationalen* Protestbewegung kann m.E. seit den Auseinandersetzungen um das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) 1998 gesprochen werden, bei denen eine breite Kampagne zu massiver Kritik und schließlich zum Scheitern des Abkommens führte. Die Kritik am MAI konnte politisiert werden, weil es auch innerhalb der Gruppe dominanter Länder Widersprüche gab (zwischen den USA und der EU). Seit Seattle haben sich Proteste gegen unzählige formelle und informelle internationale Treffen neoliberaler Kräfte organisiert: Gegen das in Davos stattfindende „informelle“ *Weltwirtschaftsforum* (übrigens schon lange vor Seattle, aber mit wenig öffentlicher Aufmerksamkeit) und gegen das „informelle“ Treffen der Regierungschefs der wirtschaftlich mächtigsten Länder „G7“, insbesondere in Genua im Sommer 2001, gegen formelle Treffen von IWF und Weltbank sowie EU-Konferenzen, gegen die Planungen einer gesamtamerikanischen Freihandelszone im Frühjahr 2002 in Quebec etc. Als qualitativer Sprung wird das seit 2001 in Porto Alegre bzw. Mumbai stattfindende *Weltsozialforum* angesehen, das seit 2002 zudem regionalisiert wird. Für die (west-)europäischen Bewegungen ist das *Europäische Sozialforum* zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden. In Deutschland

gibt es eine Vielzahl lokaler oder regionaler Sozialforen, denen im Juni 2005 nun erstmals ein bundesweites folgen soll.

Ein zeitlich früherer Bezugspunkt ist für Teile der Bewegung der Aufstand der Zapatistas seit 1994 und das im Sommer 1996 im mexikanischen Chiapas abgehaltene „Erste Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“. Heute weltweit verwendete Mottos wie „ya basta!“ (es reicht) oder „Eine andere Welt ist möglich!“ stammen von den Zapatistas.

Internationale Demonstrationen sind *Kristallisationspunkte* einer heterogenen und vielfältigen Bewegung. Der Blick auf die internationalen öffentlichen Ereignisse sollte aber eines nicht überdecken: Die internationale Protestbewegung hat sich zum guten Teil in lokalen und nationalen Auseinandersetzungen herausgebildet. Dabei sind auch traditionelle Organisationen wie etwa linke Gewerkschaften Teile der Bewegung. Bewegungen haben also komplexe und i.d.R. wenig sichtbare Entstehungs-, besser: *Fermentierungsprozesse*, sie sind nicht in Seattle Ende 1999 plötzlich „entstanden“. Damit wird zum einen nicht das bürgerlich-mediale Bild reproduziert, sie seien „vom Himmel gefallen“. Zum anderen droht einer „Stunde Null“-Metapher eine Entwertung anderer Kämpfe – jener, die bereits vorher stattfanden und jener, die sich nicht unter das Label der damit bezeichneten Bewegung wie etwa Attac zählen (lassen).

Die Internationalisierung von Protest und Bewegung, dies zeigte sich bereits vor Seattle, ist ein voraussetzungsvoller Prozess. Jackie Smith verwendet in ihrer kenntnisreichen Analyse der Proteste von Seattle den Begriff der „transnationalen sozialen Bewegungs-Organisation“, die das Rückgrat der internationalen Proteste bildeten. Sie seien in den 90er Jahren entstanden und antworteten auf die internationale neoliberale Wirtschaftspolitik. Die Unterscheidung zwischen mehr und weniger formalisierten Gruppen verdeutlicht eine gewisse Arbeitsteilung zwischen diesen. Das *International Forum on Globalization* (gegründet 1994) oder das *Third World Network* (gegründet 1984) werden als „Kaderorganisationen“ und „Paradigmenkämpfer“ (*paradigm warriors*) bezeichnet, denen es mit ihrem öffentlichen Auftreten um Kritik am neoliberalen Paradigma und um grundsätzliche Alternativen geht. Die Rolle alternativer Expertise, Organisationserfahrungen und Identitätsbildung sei wichtig für kollektive Lernprozesse und wird eher von formalisierten Bewegungszusammenhängen beigetragen. Hier liegt m.E. auch die Bedeutung kritischer NGOs. Gleichzeitig sind laut Smith *extra-movement groups* wichtig, wie etwa Kirchen oder Gewerkschaften, die zwar in der Regel weniger weit reichende Ziele hätten, aber für breitere Beteiligung und Legitimität sorgten.

Bei den Protesten gegen das G7-Treffen in Genua war das ähnlich. Die breite Mobilisierung kam aus Italien, insbesondere von linken Gewerkschaften und der *Rifundazione Comunista*. In Prag war umgekehrt die Mobilisierung weniger stark, weil eben solche lokal-national mobilisierenden Akteure fehlten.

Für was stehen die jüngsten Ereignisse *politisch-inhaltlich*, und zwar nicht im Sinne eines „gemeinsamen Nenners“, sondern in den erzeugten politischen Effekten? Einer der interessantesten Aspekte liegt zweifellos darin, dass es den Bewegungen gelungen ist, eine neue Runde der Interpretation der gegenwärtigen Verhältnisse einzuleiten. Deutungen sind immer umkämpft, aber eine zentrale Stärke des Neoliberalismus liegt zweifellos darin, dass er zum Alltagsverstand wurde. In den jüngsten „Globalisierungskritiken“ wird dieser neoliberale Alltagsverstand erstmals etwas grundsätzlicher in Frage gestellt. Die Politisierung vormals „quasi-natürlicher“ Entwicklungen erfolgt über die zu Beginn des Abschnitts genannten

Begriffe; als kleinsten gemeinsamen Nenner könnte man jenen der neoliberalen Globalisierung bezeichnen.

Auf allgemeinsten Ebene politisiert die Bewegung die *Widersprüche* des globalen Kapitalismus. Dies ist nach dem jahrelangen Glücksversprechen des Neoliberalismus in den Metropolen und seiner konstatierten Unausweichlichkeit in den Peripherien nicht wenig. Denn statt Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand ist die Praxis neoliberaler Politik das Gegenteil. Im Zentrum stehen die Deregulierung und der damit verbundene Abbau sozialer Rechte sowie die weitere bzw. Re-Kommodifizierung sozialer Verhältnisse, z.B. durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Abbau der Sozialhilfe oder Inwertsetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur. Insbesondere die regulatorischen und systemischen Schwächen des globalen Finanzsystems werden immer offensichtlicher. Eine zentrale Forderung, nämlich die Einführung einer Steuer auf internationale Kapitaltransfers (sog. Tobin-Steuer), konnte deshalb politisiert werden, weil sie anschlussfähig ist an Kritiken, die auch aus dem Establishment heraus, etwa von George Soros oder Joseph Stiglitz, formuliert werden. Dem werden Kategorien der Gerechtigkeit, eine Demokratisierung der Verhältnisse (wobei unklar ist, ob dies über die grundlegende Veränderung oder gar Abschaffung internationaler politischer Institutionen erfolgen soll), Diversität gegen Monokultur u.a. entgegengestellt. Dabei werden die Grenzen der parlamentarischen Demokratie, die nicht nur angesichts der Internationalisierung sozialer Prozesse offenkundig sind, für die undemokratische Durchsetzung des neoliberalen Projekts verantwortlich gemacht. Es gibt einen breiten Konsens, dass gewaltlose direkte Aktionen und ziviler Ungehorsam legitim sind.

Mit den jüngsten Protesten wird ein konfliktorisches Politikverständnis wieder gestärkt. So vereinfachend Slogans wie „Gegen Neoliberalismus“ oder „Gegen die Herrschaft der Finanzmärkte“ auch sein mögen – sie konstituieren, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner. Es ist angesichts der jahrelangen Lähmung linker Positionen zunächst ein Vorteil, unter allgemeinen, schillernden und noch undifferenzierten Formeln verschiedene Spektren zu vereinen und handlungsfähig zu machen. Wichtig wird es aber in Zukunft sein, genauer zu analysieren, wo gesellschaftliche Widersprüche und soziale Spaltungslinien heute verlaufen.

Auffällig ist schließlich, dass insbesondere zu Beginn Kritik geäußert wurde, ohne gleich einen „konstruktiven Vorschlag“ parat zu haben. Der „bloße“ Protest scheint nach vielen Jahren der Diskreditierung eine öffentliche Rehabilitation zu erfahren – insbesondere wenn er die Form des Massenprotests annimmt. Dies scheint insbesondere mit der Krise des Parteiensystems zusammenzuhängen, das sich immer mehr dadurch auszeichnet (die jüngsten Wahlen in Frankreich und Deutschland sind gute Belege), jenseits der „Realpolitik“ nichts mehr zuzulassen. Demgegenüber öffnen sich gerade über die Vielfältigkeit der Bewegungen Denk- und Handlungsspielräume.

Schließlich: Die wissenschaftliche und politiknahe Globalisierungsdiskussion bleibt von den nun ja schon seit einigen Jahren öffentlich diskutierten Protesten weit gehend unbeleckt. Ein Indikator ist die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“, die in ihrem Endbericht von 2002 zwar zivilgesellschaftlichen Akteuren einen breiten Raum einräumt. Diese werden aber im kritischen Spektrum mit kooperationsbereiten NGOs synonym gesetzt; das Motiv des Protests kommt gar nicht vor.

Ambivalenzen der aktuellen Bewegungen

Eine der Hauptgefahren besteht sicherlich darin, das Schicksal der in den 90er Jahren viel gepriesenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu wiederholen. Mit ungeheurem Aufwand haben diese sich in politische Auseinandersetzungen begeben, wurden aber mehr und mehr zu einer doppelten Ressource für staatlich-neoliberale sowie internationale Politiken: Als Akteure mit Erfahrungen und großem Wissen über komplizierte politische und sozioökonomische Prozesse wurde zum einen selektiv auf sie zurückgegriffen, wenn es angemessen schien. Als „zivilgesellschaftliche“ Akteure dienten sie zum anderen der Legitimation der dominanten Entwicklungen – was konnte schon falsch laufen, wenn zumindest bei den umwelt-, entwicklungs-, menschenrechts- oder frauenpolitischen *soft issues* „die Zivilgesellschaft“ mit am Tisch saß. „Harte“ militär- oder wirtschaftspolitische Themen wurden demgegenüber weiterhin unter Ausschluss möglicher kritischer Augen behandelt. Das relative Scheitern lag nicht zuletzt daran, dass den Aktiven ein kritisches Verständnis der Umbrüche, nämlich der neoliberalen Globalisierung, weit gehend fehlte. Auch den jüngsten Protestbewegungen (bzw. Teilen davon) könnte es mittelfristig passieren, dass sie zu einer Art institutionalisiertem schlechten Gewissen werden, mit dem die Mächtigen sich publikumswirksam treffen und welches sie immer wieder daran erinnert, sich doch auch der VerliererInnen und negativen Folgen der Globalisierung bewusst zu werden und hie und da (symbolisch) tätig zu werden. Bei aller Heterogenität würde eine solche Entwicklung den Ansprüchen des gesamten globalisierungskritischen Spektrums kaum genügen.

Kapital und Staat

Eine Form, die Krise des Fordismus anzugehen, bestand darin, Kapitalmacht zu stärken, insbesondere durch die politische Deregulierung von Kontrollen und die daraus folgende größere Mobilität. Dieser Sachverhalt wird von den verschiedenen Spektren gleichermaßen politisiert. Differenzen bestehen in der Einschätzung, ob es die gestiegene Macht des Kapitals insgesamt oder vor allem des Finanzkapitals ist, die einen Kern der neoliberalen Globalisierung wie auch der aktuellen Krisendynamik ausmacht.

Ambivalenter sind die Positionen gegenüber dem Staat. Insbesondere seine neoliberale Transformation wird von den Bewegungen kritisiert. Staat wird von einem großen Teil der Bewegungen zwar als herrschaftsförmige Institution verstanden; gleichwohl wird diesem ein potenzieller Bezug auf das Allgemeinwohl unterstellt. Vorherrschend ist dabei eine Sichtweise, die sich von adäquaten staatlichen Eingriffen ein relativ krisenfreies Funktionieren des Kapitalismus verspricht. Pierre Bourdieu stellte die Entwicklung eines europäischen Sozialstaates perspektivisch dem anti-sozialen Neoliberalismus entgegen. Für die internationale Politik dominiert im politikwissenschaftlichen Mainstream, aber auch in Teilen der aktuellen Protestbewegungen die Annahme, dass „die“ Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess einzubetten habe. Hier liegt eine deutliche Ambivalenz: Damit sind erhebliche Politisierungsprozesse gelungen, denn es wird an einem anderen Element des Alltagsverständes angeknüpft, nämlich dass der Staat zuvörderst Gemeinwohlinteressen zu verfolgen hat. Allerdings läuft diese Interpretation Gefahr, Neoliberalismus als rein von oben durchgesetzt zu verstehen.

Es stellt sich die Frage, welche Rolle staatliche Politik in den jüngsten Veränderungen tatsächlich spielt. Wie gezeigt wurde, hat sie als institutionalisierter Teil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse den neoliberalen Prozess aktiv mit vorangetrieben. „Die“ Politik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene steht ja gerade nicht gegen „die“ Ökonomie und

gesamtgesellschaftliche neoliberale Orientierungen, sondern sie sichert neoliberale Interessen institutionell und ideologisch ab. Daher ist es eine grobe Verkürzung, von politisch-staatlichen Akteuren nun anti-neoliberale Politik zu erwarten. In großen Teilen des „nördlichen“ globalisierungskritischen Spektrums wird die neoliberale Perspektive „Markt versus Staat“ reproduziert; der Staat als kapitalistischer mit seinen grundlegenden (umkämpften) Funktionen sowie seine aktuelle Transformation zum Wettbewerbsstaat wie auch der dominante globale Konstitutionalismus werden nicht thematisiert. Zum einen ist mit dieser Perspektive durchaus die Politisierung von Menschen erreicht worden. Andererseits lassen sich die Akteure auf ein vorgegebenes Terrain ein, das es selbst zu hinterfragen gälte. Der von den Neoliberalen postulierte Zurückdrängung des Staates zu Gunsten des Marktes wird seine neuerliche Stärkung als zentraler Programmpunkt entgegengesetzt. Hinsichtlich internationaler Politik ist ein ähnliches Muster vorzufinden. Globalisierung wird als ökonomischer Prozess verstanden, den es nun politisch zu re-regulieren gelte.

Eine Paradoxie der aktuellen Gesellschaftstransformationen besteht darin, dass sie gegen die Illusion einer umfassenden emanzipativen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse durch den Staat die Grenzen staatlicher Politik aufzeigen. Das sollte für linke Positionen kein Anlass zur Häme sein, denn damit werden grundlegende Rechte der subalternen Klassen abgebaut. Dennoch öffnen sich auch Räume für eine linke Kritik. Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen aus emanzipatorischer Perspektive umfassender in Frage gestellt werden. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist zentraler Akteur und Terrain der Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft und sollte eben nicht als Bollwerk gegen den Neoliberalismus (miss-) verstanden werden. Dies aufzunehmen und voranzutreiben ist eines der *Essentials* linker Politik. Gerade hier zeigt sich, dass ein wiederherzustellender Fordismus nicht als Folie der aktuellen Kritik dienen sollte. Gleichwohl, und dies stellt eine weitere Ambivalenz dar, ist die Verteidigung sozialstaatlich-fordistischer Errungenschaften ein wichtiger und weithin anerkannter Aspekt.

Konsens dürfte sein, dass der Nationalstaat weiterhin ein wichtiges Terrain von Auseinandersetzungen ist. Internationale Politik und ein über internationale Institutionen hergestellter „disziplinierender Neoliberalismus“ (Stephen Gill) wird als wichtig erachtet, aber WTO, IWF und Weltbank werden von den Bewegungen nicht alleine für die katastrophalen Entwicklungen unabhängig von Nationalstaaten verantwortlich gemacht.

Die gegenwärtigen Bewegungen haben m.E. durchaus das Potenzial, die praktische Staats- und Politikkritik zu radikalisieren und zu internationalisieren, um den aktuellen Veränderungen Rechnung zu tragen. Eine kritische Thematisierung des herrschenden Politikbegriffs kann mit den aktuellen (internationalen, europäischen oder wo auch immer artikulierten) Protesten eine *Relativierung* und gleichzeitig eine *Radikalisierung* erfahren. Relativiert werden kann er, wenn staatliche Politik nur als ein Teil umfassender Veränderungen verstanden wird. Dann geraten grundlegend veränderte Alltagspraxen in den Blick und es geht nicht (nur) um die Machtfrage, sondern um eine umfassendere Politisierung und Veränderung der Gesellschaft in komplizierten „Stellungskriegen“ (Gramsci). Die Radikalisierung bestünde darin, die Engführung von Politik und Staat aufzulösen. Dies gelingt den Bewegungen teilweise auch.

Die praktische und theoretische Staats- und Politikkritik muss sich aber auch *internationalisieren*. Am Beispiel der neoliberalen internationalen Institutionen WTO, IWF und Weltbank kann dies verdeutlicht werden. Diese sind weiterhin Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus – was insbesondere bedeutet: die Unterordnung sozialen

Handelns unter den Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die kritiklose Akzeptanz kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Das internationale Institutionensystem ist kein Instrument der herrschenden Länder und Büttel des Kapitals. In ihm verdichten sich jedoch weltweite bürgerlich-kapitalistische und imperialistische Kräfteverhältnisse und Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen. Diese sind wiederum, formuliert als „nationales Interesse“, Ausdruck nationaler Kämpfe und Kräfteverhältnisse.

Hegemonie

Ein herrschaftstheoretisches Verständnis, das nicht von einem dichotomischen gesellschaftlichen „Oben“ und „Unten“ bzw. „Bösen“ und „Guten“ ausgeht, kann fruchtbar an den Hegemoniebegriff in der Tradition Gramscis anschließen.

Mit dem Begriff der *Hegemonie*, der wesentlich die Aspekte „politische Führung“ und „Konsens“ umfasst, nahm Antonio Gramsci eine entscheidende Erweiterung in der historisch-materialistischen Theorietradition vor. Hegemonie wird verstanden als Fähigkeit der herrschenden Gruppen und Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und dass es weit gehend geteilte gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt.¹ Insofern erzeugt Hegemonie einen „aktiven Konsens der Regierten“. Damit ist nicht nur die ausdrückliche Zustimmung zu bestimmten Verhältnissen und Praktiken gemeint, sondern eine umfassende und alltägliche materielle Praxis. Konsens ist weder eine passive Angelegenheit noch ein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr zu verstehen vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen. Die relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen sich die relevanten und artikulierten Interessen berücksichtigt sehen. Der gesellschaftliche „Ort“ der Kämpfe um Hegemonie ist nach Gramsci die Zivilgesellschaft. Die Verbindung zwischen Staat im engeren Sinne mit seinen verschiedenen Apparaten und der *società civile*, des privat organisierten Hegemonieapparates, fasst Gramsci mit dem Begriff des erweiterten oder integralen Staates. Hegemonie wird also nicht nur über den Staat, sondern gesamtgesellschaftlich hergestellt. Soziale Auseinandersetzungen fokussieren nicht nur auf den Staatsapparat, sondern auf die Kräfteverhältnisse im erweiterten Staat und im Bereich privatkapitalistischer Produktion.

Dies hat mindestens vier Implikationen. Die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung als gesellschaftliches Projekt impliziert zum einen, dass Alternativen dazu sich nicht nur auf staatliche Politiken fokussieren können. Es geht immer auch und gerade um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine zu eng angelegte Reformperspektive droht – strategisch oder aus Überzeugung – dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten mit entsprechendem „Druck von unten“ von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Eine Gefahr besteht zudem darin, kurzfristige mediale Erfolge mit der nachhaltigen

¹ Historisch-spezifisch formen sich nicht nur Klasseninteressen verschieden aus, sondern es gibt auch unterschiedliche, darüber hinausgehende artikulierten Interessen: demokratische, geschlechtsspezifische, „ethnische“, friedenspolitische oder sozial-ökologische Interessen. Vielfältige und widersprüchliche Strategien sowie umfassendere soziale Praktiken treffen in verschiedensten Auseinandersetzungen aufeinander und verdichten sich zu gesellschaftlichen Kompromissen, zu einem verallgemeinerten Konsens. Gesellschaftliche Hegemonie umfasst also nicht nur Klassen, sondern auch andere politische Kräfte; entsprechend finden Kämpfe um Hegemonie immer in Bündnissen statt.

Veränderung materieller Kräfteverhältnisse und herrschender Entwicklungen zu verwechseln. Um die neoliberale Hegemonie zu brechen, bedarf es jedoch umfassender gesellschaftlicher Lern- und Erfahrungsprozesse. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der „Politik in der Manege“ (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Emanzipative Politik „geht“ nicht schnell – wenngleich Sprünge vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind (deswegen sind Genua und Seattle wichtig) –, sondern ist kompliziert und muss an alltägliche Praktiken in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war. Die Verschiebung gesellschaftlicher Strukturen und Kräfteverhältnisse findet nicht nur in öffentlichen Debatten statt. Gerade in Zeiten, in denen immer weniger öffentlich zur Diskussion steht und insbesondere die technologisch-ökonomischen Transformationskerne kaum zugänglich sind, wird eine solch verengte Perspektive problematisch.

Ein kritisch-hegemonietheoretisches Verständnis von Zivilgesellschaft impliziert zweitens, dass alternative Strategien oder gar gegenhegemoniale Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes, da diese selbst von Spaltungen durchzogen ist und gerade hier die dominanten Klassen und Kräfte agieren. Außerdem bleibt der Bereich privater Produktion ein wesentliches Terrain sozialer Auseinandersetzungen. In Frage gestellt werden müsste also die neoliberale Gouvernamentalität, die offenbar für viele Menschen eine hohe Plausibilität hat. Dies geschieht, jenseits der Aufmerksamkeit schaffenden symbolischen Konfrontationen mit Staat, internationalen Institutionen oder Kapital, in vielfältigen Ansätzen politisch-sozialisierender Basisarbeit.

Von Hegemonie kann drittens gesprochen werden, wenn es den herrschenden Kräften gelingt, die diskursiven und institutionellen Terrains der Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen vorzugeben. Auf der diskursiven Ebene haben die Bewegungen einige Erfolge zu verzeichnen, insbesondere – auch wenn man sich über gesamtgesellschaftliche Wirkungen keine Illusionen machen sollte – über die zunehmende Infragestellung des neoliberalen Alltagsverständes. Hier ist die Frage, inwieweit bestimmte „Diskurs-Settings“ akzeptiert werden, in denen Anerkennungs- und Unterordnungsverhältnisse reproduziert werden, etwa in Form des Lobbyismus. Die herrschaftsförmige Form der Politik wird dabei kaum mehr in Frage gestellt. Auf der institutionellen Ebene sieht es schwieriger aus. Wie die Auseinandersetzungen um das MAI, die WTO, IWF/Weltbank u.a. zeigen, werden gerade auf internationaler Ebene die sich herausbildenden Formen von Politik zunehmend in Frage gestellt, und zwar nicht nur von der internationalen Protestbewegung, sondern auch von einigen Regierungen. Die Streits zwischen den USA und der EU um das MAI wie auch die wachsende Kritik der Entwicklungsländer zeigen, dass die grundlegende Richtung keineswegs klar ist. Dies negiert nicht die Dominanz der internationalen Institutionen und die übergreifende Bedeutung eines „globalen Konstitutionalismus“, zeigt aber deren Brüchigkeit.

Die Frage internationaler Hegemonie führt zu einem vierten Aspekt, der Joachim Hirsch dazu veranlasste, bezüglich der aktuellen internationalen Politik von einer „nicht-hegemonialen Situation“ zu sprechen. Wenn Hegemonie darin besteht, dass die herrschenden Kräfte politische Führung ausüben in der Lage und zu materiellen Zugeständnissen an die beherrschten Kräfte bereit sind, dann haben Deregulierungen und Privatisierungen im Zuge

der neoliberalen Globalisierung dazu geführt, dass die dominanten Staaten Hegemonie immer weniger ausüben können – ihnen fehlen, überspitzt formuliert, zunehmend die Mittel dazu. Das Projekt eines globalen Keynesianismus wird hier historisch-konkret brüchig. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Grenze globaler Umverteilung darin, dass das internationale kapitalistische Staatensystem eben nicht nur durch Kooperation, sondern ganz entscheidend durch ökonomische und politische Konkurrenz geprägt ist. Auch diese Konstellation führt dazu, mit der Annahme eines globalen Keynesianismus und der Wiederkehr des Fordismus zu brechen.

Strategiefragen

Eine der wichtigsten Aufgaben sowohl innerhalb der als auch zwischen den verschiedenen Spektren wird in Zukunft vielleicht darin liegen, Lern- und Streitkulturen auszubauen, um vielfältige *gegen-* oder *antih*egemoniale Strategien zu entwickeln. Dann wird sich eine weitere Ambivalenz klarer konturieren. Sehr deutlich sind die Ziele und entsprechenden Strategien der Bewegungen (hier wäre am ehesten im Plural zu sprechen) jenseits der Postulate von „grundlegendem sozialen Wandel“ nicht. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht weist darauf hin, dass es mit dem Wachstum und der Stabilisierung der Bewegung zu Klärungsprozessen und Entscheidungen kommen muss. Die große ideologische Bandbreite ist in der Formierungsphase sinnvoll. Aber, so argumentiert Rucht, dieser Bogen drohe zu zerbrechen, sobald im Zuge von Organisations- und Strategiefragen auch politisch-ideologische Deutungsmuster verlangt würden, die langfristig einzuschlagende Richtungen begründen könnten. Angesichts der unvermeidlichen Spannungen zwischen erstens der notwendigen Bildung kollektiver Identität und einem zu scharfen und nach außen hin abschottenden gemeinsamen Nenner sowie zweitens zwischen fehlenden und zu starken Strukturen empfiehlt er, „eine prekäre Balance zu wahren“. Seiner Einschätzung einer künftig zu erwartenden, klareren politisch-ideologischen Kontur widerspricht einer der organisatorischen und intellektuellen Köpfe von Attac-Deutschland. Er sieht die Pluralität nicht nur als aushaltbar, sondern als konstitutiv, als „Produktivkraft“ an (in der Zeitschrift *Z*, April 2004).

Die Einschätzung von Rucht, dass es mit der Zeit einer stärkeren politisch-ideologischen Konturierung bedarf, um Strategien zu entwickeln, scheint plausibel. Aber jüngere Erfahrungen wie z.B. jene, die mit dem zapatistischen Motto des „*preguntando caminamos*“ (fragend schreiten wir voran) bezeichnet werden können, sollten zumindest die Möglichkeit offen lassen, dass eine große Spannung aushaltbar ist. Dass nämlich in Erfahrungs- und Klärungsprozessen Politisierung entsteht und Strategien entwickelt werden, die in engem Zusammenhang mit politisch-ideologischen Deutungsmustern stehen, *das eine also dem anderen nicht vorgängig ist*. Dann ist es aber in der Tat eine Frage von Reflexions- und Klärungsprozessen, Diskussionsorten, internen Kräfteverhältnissen und Überzeugungsarbeit.

Eine der wichtigsten Auseinandersetzungen liegt hier im Verhältnis zu den Gewerkschaften, was kein einfaches und ein intensiv diskutiertes Thema ist. Allgemein stellt sich die Frage, inwieweit nämlich insbesondere hierzulande die Gewerkschaften sich aus ihrer staatstragenden und sozialdemokratischen Fixierung zu lösen bereit und in der Lage sind.

Hinsichtlich theoretischer wie strategischer Fragen halte ich es in der nächsten Zeit für ungemein wichtig, neben der Dekonstruktion der Staatsillusion auch den Ökonomiebegriff zu entgrenzen. „Ökonomie“ ist eben nicht der „harte Kern“ gesellschaftlicher Entwicklung,

sondern gesellschaftlich eingebettet und in vielfältige Verhältnisse eingelassen. Mit der Abspaltung sozial-ökologischer Fragen oder der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse reproduziert die Bewegung einen bürgerlichen Ökonomiebegriff und suggeriert, nun im Zentrum der Auseinandersetzungen angekommen zu sein.

Ein hauptsächliches Dilemma jeder kritischen-emanzipativen Bewegung besteht darin, dass sie entgegen ihrem Anspruch durchaus integriert werden und letztendlich modernisierend wirken können. Dagegen gibt es keinen Ausweg außer den der permanenten Reflexion der (Kräfte-) Verhältnisse und eigenen Strategien. Unter widersprüchlichen Bedingungen ist und bleibt auch kritisches und emanzipatorisches Denken und Handeln widersprüchlich. Mein Argument in diesem Beitrag lässt sich zuspitzen in der Frage, ob es den verschiedenen globalisierungskritischen Akteuren um eine Stabilisierung des Kapitalismus oder um eine umfassendere Herrschaftskritik geht. Diese Gegenüberstellung ist nicht synonym mit der immer wieder zu hörenden: hier die Bewegungsteile, die konkrete Forderungen stellen und dort jene, die „nur“ kritisieren. Das Verhältnis ist komplizierter, und mit einem kritischen Hegemoniebegriff geht es heute auch darum, Denk- und Handlungsräume jenseits der realpolitisch-plausiblen Orientierungen zu öffnen, die bei genauerer Betrachtung so real gar nicht sind.

Und schließlich: Pierre Bourdieu insistierte auf den wichtigen Umstand, dass gegen- bzw. antihegemoniale Praktiken einer stärkeren Bezugnahme von Bewegungen und Intellektuellen aufeinander bedürfen (www.raisons.org). Das neoliberal-postfordistische Projekt hätte in der Tat nicht seine Konturen bekommen ohne ihre organischen Intellektuellen, die zur Ausarbeitung von Konsensen und Legitimierung der Verhältnisse entscheidend beitragen. Gramsci betonte immer, dass auch subalterne Kräfte ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen. Daher stellt sich gerade in der Konstitutionsphase eines möglichen Protestzyklus' die Frage, wie sich kritische Intellektuelle auf die jungen globalisierungskritischen Bewegungen beziehen. Zunächst ist festzuhalten, dass es bislang im etablierten wissenschaftlichen Betrieb recht wenige kritische Intellektuelle gibt, die sich mit neuen Formen praktischer Kritik auseinandersetzen. Weit wichtigere Orte kritischer Reflexion sind heute NGOs oder außerakademische Netzwerke. Ein Problem ist dabei die Spaltung der Subalternen und die Orientierung an einem „korporativen Bewusstsein“, d.h. der Durchsetzung partikularer Interessen und der Aufgabe einer Perspektive umfassender gesellschaftlicher Veränderung. Eine zentrale Funktion kritischer Intellektueller liegt auch darin, Herrschaftskritik zuzuspitzen und in praktische Kritik einfließen zu lassen. *Wie* das geschieht, ist eine Frage politischer und intellektueller Praktiken, die sich immer wieder neu herstellen müssen – einen „goldenen Weg“ gibt es dafür glücklicherweise nicht.

Literatur:

Brand, Ulrich (2004): Alternativen und Ambivalenzen der globalen sozialen Bewegungen: Wo besteht derzeit Diskussionsbedarf? In: Adelheid Biesecker / Martin Büscher / Thomas Sauer / Eckhard Stratmann-Mertens (Hg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun*, Hamburg.

Wissen, Markus/Habermann, Friderike/Brand, Ulrich (2003): Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis. In: BUKO (Hg.), *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*, Hamburg, 43-56.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2002): Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik: Das Beispiel Attac. In: Kurswechsel 3, S. 102-113.

Brand, Ulrich/Köhler, Bettina (2002): Porto Alegre: Aufbruch und Kristallisation statt „Trap Watching“. In: www.links-netz.de.

Brand, Ulrich (2002): Fragend geht's voran. Wie die Bewegung auf den Begriff kommt. In: iz3w/BUKO (Hg.), Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik. S. 54-57.

Brand, Ulrich (2001): Il popolo di Genova. Eine Einschätzung der neuen internationalen Protestbewegung. In: iz3w (Hg.), Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus. Sonderheft, S. 36-39.

*Quelle: spw – Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 139, Oktober 2004, S. 17-23
mit freundlicher Genehmigung des Verfassers als IPkW-Onlinetext*

Dr. Ulrich Brand arbeitet an der Universität Kassel im Fachgebiet „Globalisierung & Politik“ und ist aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac-Deutschland.